



Deutscher Mieterbund

Landesverband Bayern e.V.



Presse-Information

Gemeinsame Presseerklärung des DMB Bayern und des Mietervereins Nürnberg und Umgebung e.V.

GBW AG: Versprechen zum Mieterschutz doch nur ein Feigenblatt der Staatsregierung?

München/Nürnberg, 03.02.2012

Am gestrigen Donnerstag wurde im Plenum gegen die Stimmen der Opposition der Dringlichkeitsantrag der CSU und FDP Fraktion angenommen, in welchem ein Erwerb der GBW-Wohnungen kategorisch abgelehnt wird.

Obwohl sich Herr Ministerpräsident Seehofer und sowohl der ehemalige Finanzminister Fahrenschon als auch der aktuelle Finanzminister Söder zwar wortreich zum Mieterschutz bekannt haben, lassen sie - wie erwartet- ihren Worten immer noch keine Taten folgen: die jeweiligen Dringlichkeitsanträge vom 02.02.2012 der SPD-Fraktion und der Grünen-Fraktion, mit welchen im Falle ihrer Annahme umfassender Mieterschutz beim Verkauf garantiert worden wäre, wurden von CSU und FDP rigoros abgelehnt.

Die Bayerischen Mietervertreter sind empört, dass jegliche Form eines Mieterschutzes – sieht man von der denkbar unverbindlichen „Sozialcharta“ ab, trotz mehrfacher Aufforderung nicht gewährleistet wird und auch keine Absichtserklärungen abgegeben werden, die das Papier, auf dem sie stehen, auch wert sind.

Erst Mitte dieser Woche, forderte der Mieterverein München, in dessen Einzugsgebiet rund 10.000 Wohnungen betroffen sind, den Finanzminister Söder in einem offenen Brief zur konkreten Gewährleistung des Mieterschutzes auf. Dennoch ist kein konkreter Ansatz zur Umsetzung des individuellen Mieterschutzes erkennbar.

„Das mittlerweile unsägliche Zögern der Regierung, mit den Mietern mieterschützende Individualverträge abzuschließen, lässt vermuten, dass die Regierung sich nicht von dem Gedanken trennen mag, an den Meistbietenden, und eben nicht an den Mieterfreundlichsten, zu veräußern.“, schlussfolgert Alfred Poll, der DMB Landesvorsitzende.

Natürlich erwirtschaftet ein Wohnungsunternehmen weniger Gewinn, wenn man die Mieterhöhungsmöglichkeiten sozialverträglich begrenzt, Luxusmodernisierungen ausschließt und schnellen Veräußerungen durch Kündigungsverzichte den Riegel vorschiebt. Natürlich kann ein Unternehmen ohne all diese Beschränkungen höhere Gewinne erzielen – und so einen höheren Preis bieten als kommunale sorgfältige Bestandshalter. Aber der Mieter-

Landesvorsitzender:
Geschäftsführerin:
Geschäftszeiten:

Alfred Poll
RAin Monika Schmid-Balzert
Mo-Do 09:00 -15.30 Uhr
Fr 09:00 - 13:30 Uhr

Amtsgericht München: VR 5121

Bankverbindung: Raiffeisenbank Miesbach
BLZ 701 695 98 Konto-Nr. 61 999 0

schutz sollte für die Regierung höchste Priorität haben, nicht die Gewinnmaximierung – auch wenn sie den Mieterschutz nicht selbst gewährleisten wollen.

In oben genanntem Dringlichkeitsantrag vom 02.02.2012 fordert die CSU auch, dass ein kommunales Konsortium erwerben soll, was dann bei der EU-Kommission vorgeschlagen werden soll.

„Einmal mehr zieht sich der Freistaat aus der Verantwortung und lässt andere die Suppe auslöffeln, die er selbst eingebrockt hat“, schimpft Gunther Geiler, Geschäftsführer des Mietervereins Nürnberg, über den gestrigen Beschluss, mit dem CSU und FDP einen Erwerb der GBW Anteile durch den Freistaat ausgeschlossen haben.

„Damit wird den Kommunen der schwarze Peter zugeschoben“, so auch der DMB Landesvorsitzende Alfred Poll. „Ganz nach dem Motto: `Dann liegt es an den Städten und Gemeinden, die Wohnungen zu erwerben oder sie den Heuschrecken zu überlassen.` Das werden wir nicht zulassen!“

Das heißt nicht, dass der DMB und die ihm angeschlossenen Vereine gegen die Kommunen als Vermieter sind. Aber die Verantwortlichen müssen **vor** dem Verkauf die Zusatzverträge abschließen: die Kommunen haben keine Probleme damit und andere Erwerber wissen, woran sie sind.

Durch einen Verkauf der Beteiligung an der GBW-AG an ein kommunales Konsortium würden auch die finanziellen Handlungsmöglichkeiten der Kommunen und ihrer Wohnungsbaugesellschaften in den kommenden Jahren massiv beschnitten. Die für den Kauf notwendige riesige Kaufsumme fehlt Kommunen und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften in den kommenden Jahren bei der Erfüllung ihrer anderen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger. „Wenn die Kommunen das Geld für den Kauf der GBW-Wohnungen in die Hand nehmen müssen, fehlt ihnen das für den seit Jahren erforderlichen Neubau. Durch den Kauf der GBW-Wohnungen wird kein Quadratmeter mehr Wohnfläche geschaffen“, bedauert Poll die Abgabe der Verantwortung an die Kommunen.

Des Weiteren behauptet die Staatsregierung bislang, dem Freistaat Bayern selbst sei der Erwerb der GBW-Anteile verboten. Woraus dieses Verbot resultieren soll, erklärt sie nicht. Einem Pressebericht zufolge verbietet die EU keineswegs ein solches Vorgehen. „Die Staatsregierung soll in dieser entscheidenden Frage die Karten auf den Tisch legen“, fordern die bayerischen Mietervertreter, denn auch in Sachen GBW gilt, dass „der die Musik bezahlen muss, der sie bestellt hat. Und die BayernLB, deren Gewinne jahrelang der Freistaat einstrich, und die 2009 pleite ging, wurde schließlich nicht von den Kommunen gelenkt.“

Für Rückfragen stehen die Geschäftsführerin des Landesverbandes, Frau RAin Monika Schmid-Balzert unter 0174/305 34 78, sowie der Geschäftsführer des Mietervereins Nürnberg und Umgebung e.V., Herr Gunther Geiler unter 0173/7127987 gerne zur Verfügung.

Der DMB Landesverband Bayern e.V. ist die Dachorganisation der 50 Mietervereine in Bayern und vertritt deren Interessen und somit auch die Interessen der rund 164.000 Mieterinnen und Mieter im DMB Bundesverband.

Landesvorsitzender:
Geschäftsführerin:
Geschäftszeiten:

Alfred Poll
RAin Monika Schmid-Balzert
Mo-Do 09:00 -15.30 Uhr
Fr 09:00 - 13:30 Uhr

Amtsgericht München: VR 5121

Bankverbindung: Raiffeisenbank Miesbach
BLZ 701 695 98 Konto-Nr. 61 999 0

Der Deutsche Mieterbund steht für

- *bezahlbare Mieten*
- *Ausweitung des Wohnungsangebots, insbesondere bei Sozialwohnungen*
- *Eindämmung der Nebenkostenexplosion*
- *ein leistungsstarkes Wohngeld*

und vertritt diese Forderungen in Politik und Wirtschaft.

Der Landesverband strebt eine einheitliche Wahrnehmung in Miet- und Wohnungsangelegenheiten der ihm angeschlossenen Vereine an.

Auch setzt er sich für die Gestaltung eines sozialen Wohn-, Miet- und Bodenrechts im Rahmen einer sozialen Wohnungspolitik ein.

Landesvorsitzender:
Geschäftsführerin:
Geschäftszeiten:

Alfred Poll
RAin Monika Schmid-Balzert
Mo-Do 09:00 - 15.30 Uhr
Fr 09:00 - 13:30 Uhr

Amtsgericht München: VR 5121
Bankverbindung: Raiffeisenbank Miesbach
BLZ 701 695 98 Konto-Nr. 61 999 0